



Vorlage Nr. 24-I-30-0013

Tagesordnungspunkt 6
der öffentlichen Sitzung des Ausländerbeirats am
23. September 2024

Herkunftssprachlicher Unterricht (HSU) in Wiesbaden

Antrag der WiF-Liste:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1.1. an welchen allgemeinbildenden Schulen in Wiesbaden herkunftssprachlicher Unterricht angeboten wird,
- 1.2. wie viele Kinder / Jugendliche an welchen Schulen und in welchen Sprachen das Angebot des herkunftssprachlichen Unterrichts bereits in Anspruch genommen haben,
2. welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit der herkunftssprachliche Unterricht vom Schulamt anerkannt wird,
3. welche Nachfrage nach herkunftssprachlichem Unterricht besteht,
 - 3.1. welche Maßnahmen ergriffen werden, um eine mögliche hohe Nachfrage zu decken.

Begründung:

Am 4. Mai 2024 veranstaltete der Verein Ahepa A611 - Lucas Miltiades Miller Hessen/Rheinlandpfalz e.V. Vorträge zum Thema muttersprachlicher Unterricht. Dabei wurden die wissenschaftlichen, rechtlichen und politischen Dimensionen zu diesem Thema aus verschiedenen Blickrichtungen beleuchtet. Der herkunftssprachliche Unterricht unterstützt die Mehrsprachigkeit von Kindern, die von ihren Eltern bereits eine Sprache erlernt haben, die Muttersprache. Die Herkunftssprache fördert gleichzeitig die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder sowohl im affektiven Bereich mit der Muttersprache als auch im schulischen Bereich mit dem Erlernen der deutschen Sprache. Die Herkunftssprache ist als eine wichtige Ressource zu verstehen, die im späteren Leben in unterschiedlichen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Soziales, etc.) eingesetzt werden kann. Der Ausländerbeirat betont somit die Wichtigkeit dieser Ressource und spricht sich für die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts aus.

Beschluss Nr. 0050

Der Antrag der WiF-Liste wird in folgender Form angenommen:

Der Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1.1. an welchen allgemeinbildenden Schulen in den Jahren *2024/2025* in Wiesbaden *Muttersprachlicher* Unterricht angeboten wird,
- 1.2. wie viele Kinder / Jugendliche an welchen Schulen und in welchen Sprachen das Angebot des muttersprachlichen Unterrichts bereits in Anspruch genommen haben,
2. welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit der muttersprachliche Unterricht vom Schulamt *unterstützt und angeboten* wird,
3. welche Nachfrage nach *Muttersprachlichem* Unterricht besteht,
 - 3.1. welche Maßnahmen ergriffen werden, um eine mögliche hohe Nachfrage zu decken.
4. *Wie werden Eltern über dieses Angebot informiert?*
5. *In welchem Rahmen kann muttersprachlicher Unterricht als Fremdsprache mit Notenpflicht angeboten werden.*

Begründung:

Am 4. Mai 2024 veranstaltete der Verein AHEPA A611 - Lucas Miltiades Miller-Hessen /Rheinland-Pfalz e.V. Vorträge zum Thema muttersprachlicher Unterricht. Dabei wurden die wissenschaftlichen, rechtlichen und politischen Dimensionen zu diesem Thema aus verschiedenen Blickrichtungen beleuchtet. Der muttersprachliche Unterricht unterstützt die Mehrsprachigkeit von Kindern, die von ihren Eltern bereits eine Sprache erlernt haben, die Muttersprache.

Die *Muttersprache* ist als eine wichtige Ressource zu verstehen, die im späteren Leben in unterschiedlichen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Soziales, etc.) eingesetzt werden kann.

Der Ausländerbeirat betont somit die Wichtigkeit dieser Ressource und spricht sich für die Förderung des muttersprachlichen Unterrichts aus.

+

+

Verteiler:

Ausschuss für Schule, Kultur
und Städtepartnerschaften z. w. V.

Dezernat III z. w. V.

Kizilgöz
Vorsitzender